



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 31. Mai 1909

(Konservativ-Klerikale Taktik. Die Stellung der Regierung dazu. Die Session der Linken in der Finanzkommission.)

Zimmer deutlicher tritt jetzt der Plan des Zentrums und der nun in seinem Gefolge marschierenden Polen und Konservativen hervor. Mit einem wahren Feuereifer erfinden sie neue Steuern, Einnahmequellen, an die noch kein Mensch gedacht hat, die aber doch einen wahren Millionensegel hervorzaubern, und das alles schütten sie bereitwillig der Regierung in den Schoß. Aber diese sonderbare Regierung hat es sich in den Kopf gesetzt, eine der bewilligungsfreudigen Parteien, die als ehrliche Patrioten an weiter nichts denken als an das Herbeischleppen immer neuer Schätze für das Vaterland, unter allen Umständen „auszuschalten“; darum taucht sogar der Gedanke auf, sie könnte die aus solcher Hand gebotenen Millionen am Ende gar nicht annehmen. Indessen das ist natürlich nur eine von den Liberalen ausgedachte Bosheit. Selbstverständlich muß die Regierung das Gebotne nehmen, gleichviel aus welcher Hand es kommt. Summa summarum: die Reichsfinanzreform ist nicht nur möglich, sie ist fertig, sobald die Regierung nur will und nicht mehr darauf besteht, die Sache mit den Liberalen zu machen.

So ist das Bild der Lage, wie es von der neuen konservativ-klerikal-polnischen Mehrheit gemalt wird. Es wird noch hinzugefügt, daß diese Reform sehr viel zweckmäßiger und wertvoller ist als jene andre, die von der Regierung vorgeschlagen und dann in der Finanzkommission des Reichstags zur Ruhe bestattet wurde. Und wie frisch und fröhlich ist seitdem die Arbeit geworden! Früher quälte man sich mit sachlichen Prüfungen und watete tief in statistischem Material. Jetzt springen die Projekte und Vorschläge fix und fertig heraus wie Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus, und auf ihres geistigen Vaters ehrliches Gesicht hin werden sie jubelnd angenommen und in das große Füllhorn gestopft, das demnächst dem Fürsten Bülow überreicht werden soll. Und der Schlusseffekt? das neue politische Glaubensbekenntnis: Es gibt keine leistungsfähige Partei außer dem Zentrum, und Matthias Erzberger ist sein Prophet!

Die Taktik ist klar und wohlüberlegt. Die Regierung soll gezwungen werden, auf die Mitwirkung der Liberalen zu verzichten, die Reichsfinanzreform nach den Wünschen der Agrarkonservativen zu machen und damit zugleich unter das laudinische Joch des Zentrums zu kriechen. Das Zentrum ergreift die sich ihm bietende Gelegenheit, um die Verhältnisse wiederherzustellen, wie sie vor dem 13. Dezember 1906 bestanden. Wenn diese Taktik zu ihrem Ziele führt, wird man natürlich nicht das Zentrum tadeln dürfen, das ja von seinem Parteistandpunkt aus ganz begreiflich und sehr geschickt gehandelt hat. Überdies darf man nicht vergessen, daß das Zentrum dabei durchaus konsequent verfährt, denn die Lösung der Reichsfinanzreform, die es mit Hilfe der Konservativen jetzt anstrebt, entspricht den Grundsätzen, die die Partei von jeher vertreten hat. Um das deutlich zu erkennen, muß man sich freilich die neuesten Taten dieser neuen Mehrheit in der Kommission etwas näher ansehen.

Besonders bezeichnend ist dabei, daß die vorgeschlagenen Steuern sämtlich mit höhern Erträgen in die Rechnung eingestellt werden, als sachlich begründet ist. Der Ertrag der in dem Antrag Richthofen vorgeschlagenen Steuern wird auf zweihundert Millionen angegeben. Die Begründung dieser Schätzung ist viel zu oberflächlich und willkürlich, als daß sie in einem unbefangenen urteilenden Politiker auch nur einen Augenblick den Eindruck hervorrufen könnte, daß ihre Richtigkeit überzeugend nachgewiesen worden sei. Man wird also vorsichtigerweise dem Hinweis aller wirklichen Sachverständigen Beachtung schenken müssen, daß auf einen Ertrag von

zweihundert Millionen auf diesem Wege auch nicht annähernd zu rechnen ist. Trotzdem hat die Kommissionsmehrheit, auf dieser unzuverlässigen Schätzung fußend, daraus die Konsequenz gezogen, daß nun einhundert Millionen Verbrauchssteuern weniger bewilligt zu werden brauchten. Da eine Vereinigung der Verbrauchssteuern im besondern eine Forderung des liberalen Programms ist, so schlägt man auf diese Weise zwei Fliegen mit einer Klappe. Die Konservativen können sich rühmen, durch ihren Zweihundertmillionenantrag, womit sie sich liberaler zeigen als die Liberalen, ein besonderes Beispiel von Uneigennützigkeit gegeben zu haben, und um das Zentrum schwebt wieder infolge der Einschränkung des Mehrbedarfs an Verbrauchssteuern die Gloriole der Volkstümmlichkeit. Das Ganze ist eitel Spiegelfechtereie. Die fünfhundert Millionen, die man der Regierung als Lösung der Reichsfinanzreform bieten will, sind in Wahrheit kaum dreihundert Millionen, weil überall die Erträge höher angesetzt sind, als sachlich begründet ist. Was ist aber die Folge, wenn der Bedarf des Reichs durch die neuen Steuern wiederum nicht erreicht wird? Dann muß das Fehlende nach wie vor durch Matrikularumlagen gedeckt werden, und wir sind wieder genau so weit wie vorher. Dann brauchen wir in zwei Jahren wieder eine neue Reichsfinanzreform. Gerade das ist es aber, was das Zentrum wünscht, und was seinen von jeher vertretenen finanzpolitischen Grundsätzen entspricht. Darum hat sich auch die Kommissionsmehrheit beeilt, aus dem Reformplan der Regierung alles zu beseitigen, was der alten ungeunden Wirtschaft mit den Matrikularbeiträgen ein Ende machen sollte. Sie hat die Begrenzung der Matrikularbeiträge gestrichen und den noch erhaltenen Rest der *clausula Franckenstein* — dieses Zwinguri klerikaler Finanzkunst, das das Zentrum schon zu Bismarcks Zeit in das Land der jungen deutschen Hoffnungen hineingesetzt, und womit es den neuen Reichsbau zu einem guten Teil verpfuscht und verschimpfert hat —, also diesen jetzt dem wohlverdienten Untergang geweihten Rest der nur halb beseitigten *clausula Franckenstein* noch einmal gerettet. Damit sind die Karten völlig aufgedeckt; das Zentrum bewahrt seinen traurigen Ruhm, den eine gesunde Entwicklung des Reichs aufhaltenden finanzpolitischen Grundsätzen treu geblieben zu sein und die Reichsfinanzreform noch einmal zu einem Pfusch-, Flick- und Blendwerk gemacht zu haben — wenn es mit allen diesen Vorschlägen wirklich durchbringt.

Daraus folgt aber auch, wo das schöne konservativ-klerikale Steuerregister ein Loch hat. Gerade wenn sich die verbündeten Regierungen mit unbeirrbarer Festigkeit auf den rein sachlichen Standpunkt stellen, daß sie nur solche Vorschläge annehmen, die erstens die verfassungsmäßigen Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten nicht berühren, zweitens den Finanzbedarf des Reichs in ausreichender Höhe sicherstellen und drittens die Organisation des Reichsfinanzwesens für lange Zeit, womöglich dauernd, auf gesunde Grundlagen stellen, dann können sie die von der konservativ-klerikalen Mehrheit gebotenen Vorschläge nicht annehmen. Nicht weil sie von dieser Mehrheit kommen. Sollte sich diese selbe Mehrheit noch eines andern besinnen und wirklich noch Vorschläge finden, die die angegebenen Bedingungen erfüllen, so würden die verbündeten Regierungen sie sicherlich gut heißen müssen, und falls dann die Liberalen dieser Lösung ihre Mitwirkung verweigern sollten, würde wohl gar nichts andres übrigbleiben, als sie auszuschalten. Aber so weit sind wir zurzeit noch nicht. Die konservativ-klerikalen Vorschläge entsprechen bis jetzt den zu stellenden Bedingungen durchaus nicht. Sie verstoßen mindestens gegen eine dieser Anforderungen. Es würde also nicht Eigensinn oder der Wunsch, eine bestimmte Mehrheitsbildung aufrechterhalten zu sehen, als bestimmender Beweggrund angesehen werden müssen, wenn die verbündeten Regierungen die gebotene Lösung ablehnen. Sie würden nicht zu fürchten haben, daß ihnen das Scheitern der Reform deswegen zum Vorwurf gemacht werden könnte. Wenn sie die Lügen und

Übertreibungen, die gegen ihre ursprünglichen Vorschläge ins Werk gesetzt worden sind, ertragen haben, werden sie das weitere auch ertragen. So retten sie wenigstens ihre Autorität, die sonst unwiderbringlich dahin sein würde.

Das wüste Treiben in der Kommission, die jeden noch so unüberlegten, gar nicht auf seine Wirkungen hin geprüften Vorschlag sofort mit Hurra annimmt, wenn er nur aus der Mitte der konservativ-klerikalen Mehrheit kommt, hat, wie nicht zu leugnen ist, mehr als die ganze bisherige „Arbeit“ des Reichstags an der Reform in weitem Kreise die Empfindung verstärkt, daß die Regierung die Dinge gehn lasse, wie sie gehn wollen, und deshalb finden mehr als bisher die Behauptungen Glauben, Fürst Bülow richte sich allmählich darauf ein, die Sache tatsächlich mit der neuen Mehrheit zu machen. Wir haben guten Grund, anzunehmen, daß diese Auffassung nicht richtig ist. Fürst Bülow hat allerdings höchst wahrscheinlich die nicht haltbare Annahme zurückgewiesen, er werde eine sachlich annehmbare Lösung nur deshalb zurückweisen, weil sie ihm nicht von der Blockmehrheit geboten würde. Aber dieser Fall ist bis jetzt nicht eingetreten und wird auch, wie wir gesehen haben, wohl kaum eintreten. Diese Feststellung hat also nur theoretischen Wert. Für die Voraussetzung jedoch, Fürst Bülow werde sich darauf einlassen, Vorschläge, die die verbündeten Regierungen nach ihren wohlervognen Grundsätzen verwerfen müßten, aus den Händen einer neuen Mehrheit entgegenzunehmen, nur um diese Mehrheit nicht mit der Verantwortung für das Scheitern der Reform zu belasten — für diese Voraussetzung fehlt bis jetzt jede Unterlage. Ob es zweckmäßig war, das formelle Eingreifen der Regierung, wie es in der Einbringung von Ersatzvorlagen für die in der Kommission abgelehnten und darum wahrscheinlich aussichtslosen Steuern liegt, so lange aufzuschieben, bis der Umfang der negativen Leistungen der Kommission in seiner ganzen Größe offenbar geworden war, darüber kann man vielleicht verschiedner Meinung sein. Vielleicht hätte der Eigenart des freien deutschen Mannesbewußtseins, das ja immer nach der Regierung schreit wie der Säugling nach der Mutterbrust, mehr Rechnung getragen werden können. Es ist ja auch eine harte Geduldsprobe für einen vaterländisch empfindenden Mann, dieses Treiben in der Kommission mit anzusehen. Aber es ist doch die Frage, ob auf einem andern Wege mehr zu erreichen gewesen wäre, und so ist es alles in allem doch wohl das klügste und beste gewesen, den Weg zu wählen, der zweifellos der verfassungsmäßig allein korrekte war.

In der Kommission hat sich die Lage inzwischen derart zugespitzt, daß die Parteien der Linken ihre weitere Beteiligung an den Beratungen versagt haben. Für diesen Schritt lassen sich ja gewichtige Gründe anführen. Die Mehrheitsparteien hielten es kaum noch für nötig, wenigstens den Schein einer sachlichen Prüfung der Anträge auf ihre Ausführbarkeit und Zweckmäßigkeit aufrecht zu erhalten. Vollkommen unreife, in ihren Folgen und ihrer Ausführung gar nicht zu beurteilende Vorschläge wurden unbesehen angenommen, nur weil sie taktisch ihren Zweck erfüllten. Daß sie nicht Gesetz werden können, ist von vornherein klar; denn so tief sind wir doch nicht gesunken, daß der Bundesrat eine Gesetzmacherei gutheißen könnte, deren einziger ernstest Zweck nur eine Parteidemonstration ist. Daß sich die Parteien der Linken unter solchen Umständen dagegen sträubten, sich nur verhöhnen zu lassen, wird man verstehen. Dennoch läßt sich bezweifeln, ob nicht die Liberalen trotz alledem besser getan hätten, auch unter diesen bitteren Umständen ihre konstitutionelle Pflicht weiter zu erfüllen und auf ihrem Posten weiter zu kämpfen. Denn schließlich — das werden die Liberalen selbst natürlich nicht zugeben wollen — ist doch die trostlose Lage zu einem guten Teil von den Liberalen mit verschuldet worden. Und auch sonst sind Fehler von ihnen gemacht worden. Freilich ist es ein unerhörter Vorgang, daß in Form von Anträgen zu den Vorlagen ganz neue Steuern in der Kommission zur Verhandlung kommen,

die derart überraschend eingebracht werden, daß die Mitglieder der Minderheit überhaupt keine Zeit haben, mit ihrer Fraktion darüber zu beraten, geschweige denn daß sie, wie es sich gehört, vorher im Plenum beraten werden. Die Sezession der liberalen und sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder bedeutet daher auch einen Einspruch gegen offenbare Verletzungen der Geschäftsordnung.

Das ist vorläufig ein recht betrübendes Bild. Aber gerade darin liegt auch die Gewähr, daß die Lage nicht so bleiben kann. Die Regierung unterzieht sich mit größter Gewissenhaftigkeit der Pflicht, alle diese vielfachen Steuervorschläge, die aus dem Schoße der Kommission emporsprießen wie Pilze nach einem warmen Regen — Erhöhung des Kaffeezolls, Zündholzsteuer, Steuer auf Parfüms und Schönheitsmittel u. dgl. —, einer genauen sachlichen Prüfung zu unterziehen. Denn man muß scharf unterscheiden, ob die Steuern an sich brauchbar und zweckmäßig sind, oder ob sie wirklich den Platz einnehmen, den ihnen die Parteijucht in der Reichsfinanzreform zuweisen möchte. Es muß z. B. genau geprüft werden, ob der Antrag Richthofen nicht in verschiedenen Punkten die Grundlage einer vernünftigen Steuer gibt; in dieser Beziehung kann man die Frage noch offenlassen. Nur wenn die Vorschläge als „Besitzsteuer“ bezeichnet werden, die eine andre wirkliche Besitzsteuer überflüssig machen soll, oder wenn es heißt, diese Steuer werde 200 Millionen bringen, dann kann man dem sofort entgegentreten, denn da beginnt die Täuschung und Irreführung. Die Hauptsache aber ist, daß in diesen Tagen die Ersatzvorschläge der Regierung an den Reichstag gelangen müssen, und das wird eine wesentliche Klärung der Lage bedeuten.

Bemerkung. Im vorigen Reichspegel ist ein sinnstörender Druckfehler stehen geblieben. Auf Seite 448, Zeile 21 muß es heißen: „ebensowenig wie dabei die kleinern Vermögen als solche gesont werden.“ Es kam hier gerade darauf an, zu zeigen, daß es sich bei diesen Vorschlägen nicht um Leistungen handelt, die von der Höhe des Gesamtvermögens abhängig sind, wie es bei einer richtigen „Besitzsteuer“ sein soll.

Geographische Literatur. Paul Rohrbach, Deutsche Kolonialwirtschaft. Erster Band: Südwest-Afrika. Buchverlag der „Hilfe“, Berlin-Schöneberg, 1907. Der auf wirtschaftsgeographischem Gebiete wohlbekannte Verfasser war drei Jahre lang als wirtschaftlicher Sachverständiger, Leiter der Ansiedlungskommission und Mitglied der Entschädigungskommission tätig. In dieser Zeit hat er auf wiederholten Dienstreisen das Schutzgebiet vor, bei und nach dem Kriege genau kennen gelernt und einen großen Teil des benachbarten Britisch-Südafrika besucht. Da Rohrbach auch sonst ein gutes Stück Welt gesehen hat, ein scharfer Beobachter ist und die einschlägige Literatur beherrscht, so nimmt sein Buch unter der Fülle der durch den südwestafrikanischen Krieg hervorgerufenen Veröffentlichungen einen bleibenden Platz ein. Da wirtschaftliche Fragen ohne die Kenntnis der allgemeinen geographischen Verhältnisse des Landes niemals richtig aufgefaßt und gewürdigt werden können, so gliedert sich das vorliegende Buch in die beiden Hauptteile „Das Land“ und „Die Wirtschaft“. Der erste behandelt in fünf Kapiteln die natürlichen Landschaften der Kolonie, die Namib, das Hereroland, das Gotschabecken und Amboland, Windhuk und das Bastardland, endlich das Namaland, und slicht in den Gang der geographischen Betrachtungen eine Reihe praktischer Bemerkungen und Vorschläge über Wasser-, Weide- und Kulturverhältnisse, Arbeiterfrage usw. ein. Vor allem warnt Rohrbach vor der Überschätzung des Ovambolandes als eines Landes für Weiße oder für ausgedehnte Baumwollkulturen. Der zweite, kolonialpolitische und wirtschaftliche Hauptteil schildert in großen Zügen die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie vor und während der deutschen Herrschaft und gliedert sich in folgende sieben Kapitel: Aufschließungsversuche vor der deutschen Herrschaft, Fehler der deutschen Kolonialverwaltung, Die erste Abgrenzung gegen die Eingebornen, Aufstand und Zerstörung, Der Wiederaufbau der Wirtschaft, Eisenbahn-

bau und wirtschaftliche Produktion, Wirtschaftliche Irrwege. Die Eingebornen- und Missionsfrage wird nur kurz gestreift, dagegen, namentlich im Schlußworte, eine Reihe positiver Vorschläge und beherzigenswerter Ansichten über den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die gedeihliche Weiterentwicklung des Schutzgebietes gemacht. Mag man ihnen und der fleißig geübten, aber stets sachlich bleibenden Kritik des Verfassers auch nicht in allen Punkten zustimmen, so wird doch für jeden, der sich eingehender mit den wirtschaftlichen Verhältnissen unsrer einzigen deutschen Siedlungskolonie beschäftigen will, Rohrbachs Buch ein unentbehrlicher und zuverlässiger Ratgeber sein.

Leo Frobenius, Im Schatten des Kongostaates. Bericht über den Verlauf der D. Z. A. F. E. von 1904 bis 1906, über deren Forschungen und Beobachtungen auf geographischem und kolonialwirtschaftlichem Gebiet. Mit vielen Abbildungen und Karten. Berlin, Georg Reimer, 1907. Von Ende Dezember 1904 bis zum Juni 1906 unternahm der Verfasser eine Studienreise in den Kongostaat, und zwar weilte er hauptsächlich im Gebiete des Kassai und seiner Zuflüsse, wo seit den bahnbrechenden Forschungen Schütts, Buchners, Pogges, Wismanns, Wolfs, v. François und anderer deutscher Afrikapioniere größere wissenschaftliche Unternehmungen nicht mehr stattgefunden hatten. An der Reise nahm der Maler Lemme teil, dessen Zeichnungen neben zahlreichen Originalphotographien und Kartenskizzen — in einem besondern Anhang spricht sich Dr. M. Groll eingehender über die von ihm besorgte Konstruktion der Itineraraufnahmen aus — den hauptsächlichsten Bilderschnitt des Buches ausmachen. Die dritte deutsche Kassai-Expedition, wie Frobenius die von ihm geleitete D. Z. A. F. E. (Deutsche innerafrikanische Forschungsexpedition) auch nennt, verfolgte vor allem ethnographische Ziele. Behauptet doch der Verfasser, daß vor ihm Innerafrika noch keinen ausgesprochenen Völkerkundler gesehen habe, und daß es ihm geglückt sei, die Mythologie und Stammesorganisation der Südost- und Ostvölker zu entdecken (S. 197). Die ethnographischen Ergebnisse, die nach Angabe des Verfassers sehr reich und ziemlich lückenlos sein sollen, werden im zweiten und dritten Bande des großangelegten Werkes zur Bearbeitung kommen. Der vorliegende erste Band enthält eine für weitere Kreise bestimmte Schilderung des Verlaufes der Reise einschließlich der geographischen und kolonialwirtschaftlichen Beobachtungen. Von ersteren seien hervorgehoben die Beschreibungen der Lateritkesselsteinstütze, die für den ganzen Südrand des Kongobeckens charakteristisch zu sein scheinen, der Randhügel, Quersungenlandschaften und Felsspitzenlandschaften, der Wasserfälle und Teiche sowie die Beziehungen zwischen Gelände und Vegetation, Gelände und Völkerkunde usw. Auf kolonialwirtschaftlichem Gebiete interessieren besonders die Fragen der Eingebornenpolitik, der Einblick in die Verwaltungsmaßnahmen der Regierung des Kongostaates und in das zum Teil recht wenig erbauliche Treiben der Kassai-Kompagnie. Auch die Wirksamkeit der Mission wird kritisch beleuchtet. Der Verfasser ist überhaupt ein guter Beobachter, der ungemein tätig war und sehr anschaulich und lebhaft zu schildern versteht, wenn man von der in mancher Beziehung etwas eigentümlichen Vorrede absieht. Das Buch mußte sehr rasch niedergeschrieben werden, da Frobenius bald nach der Heimkehr die Vorbereitungen zu einer (inzwischen schon seit längerer Zeit angetretenen) zweiten Afrika-reise begann.

Friedrich Hazel, Kleine Schriften. Ausgewählt und herausgegeben durch Hans Helmolt. Mit einer Bibliographie von Viktor Hantzsch. Zweiter Band. München und Berlin, R. Oldenbourg, 1906. Es war ein glücklicher Gedanke des Herausgebers und Verlegers, die weit zerstreuten Veröffentlichungen des allzufrüh dahingegangenen Meisters zu sammeln und — unterstützt durch gewisse Anordnungen, die der Verstorbene schon 1898 getroffen hatte — mit liebevoller Hand eine Auswahl des Schönsten, Wichtigsten und Charakteristischsten zu treffen. Während der

erste stattliche Band einen Einblick in Nagels zoologische, landschaftskundliche, naturphilosophische und biographische Arbeiten gewährte, ist der zweite, nicht minder umfangreiche Band den Hauptstudiengebieten des Leipziger Geographen, der Anthropogeographie, Völkerkunde und physischen Erdkunde, gewidmet. Aus der Fülle der aufgenommenen Arbeiten seien hier nur folgende genannt: Über Fjordbildungen; Über Karrenfelder; verschiedene Studien über Schnee und Firn; Über die geographische Lage; Die Alpen inmitten der geschichtlichen Bewegungen; Einige Aufgaben einer politischen Ethnographie; Die Kant-Laplace'sche Hypothese und die Geographie; Die geographische Lage der großen Städte; Nationalitäten und Rassen; Geschichte, Völkerkunde und historische Perspektive. Außerdem sind einige Proben Nagelscher Dichtkunst mit aufgenommen und in der Vorrede die Stellen aus Nagels Werken angegeben, die als Musterstücke deutscher Prosa in Schullesebüchern Eingang gefunden haben. Ein wertvoller Anhang enthält das von B. Hantsch, ebenfalls einem Schüler des Verstorbenen, sorgsam zusammengestellte Verzeichnis der selbständigen Werke, Abhandlungen und Bücherbesprechungen Nagels. Es umfaßt auf 62 Seiten nicht weniger als 1240 Nummern: ein bereedtes Zeugnis für die überreiche literarische Tätigkeit und unererschöpfliche Vielseitigkeit des Heimgegangenen. Wenn der Herausgeber endlich erwähnt, daß die in den beiden Bänden der „Kleinen Schriften“ zusammengestellten Arbeiten nur ein Sechstel von Nagels Veröffentlichungen ausmachen, unter denen sich 30 Bände selbständiger Werke befinden, so muß man die Arbeitsfreudigkeit und Gedankenfülle des mitten aus voller Schaffenskraft Hinweggerissenen, der ja auch ein eifriger Mitarbeiter der Grenzboten war, bewundern. K. H.

Varuna. So lebhaft die praktische Rassenkunde und die Rassenhygiene von einer biologischen Schule betrieben werden, scheinen ihre Bestrebungen doch erst einen kleinen Kreis ergriffen zu haben. Willibald Hentschel findet man weder in Kürschners Literaturkalender noch im „Wer ist's?“, und sein vor Jahren erschienenes großes Buch hat erst im Jahre 1907 (bei Theodor Fritsch in Leipzig) eine zweite, das dritte und vierte Tausend umfassende Auflage erlebt. Und das Buch verdient gelesen zu werden, wenn auch natürlich mit wachem kritischem Sinn. Er nennt es Varuna, weil er die seiner Ansicht nach aus den Fugen gehende Naturordnung wiederherstellen will, denn das mit Uranos gleichbedeutende indische Wort bezeichne eben die göttliche, Himmels- und Naturordnung. Er beklagt das angebliche Schwinden des arischen Typus, kämpft gegen Rassenmischung, Verjudung, Kapitalismus, Industrialisierung, Bodenschacher und Bodenwucher und will dem drohenden Untergange mit einer Reform des Hypotheken- und Erbrechts und mit planvoller Menschengzüchtung steuern. In der ethnologisch-historischen Begründung seiner Rassenlehre ist mir eines interessant. Gegen die neuere Lehre von der nordeuropäischen Herkunft der Arier habe ich eingewandt: das Menschengeschlecht könne nur entstanden sein und könne die ersten Schritte zur Kulturentwicklung, namentlich zur Entwicklung einer edlern Kultur, nur getan haben in einer Gegend, wo ihm das Leben leicht wurde, und wo es vor Gefahren, vor verrohenden Nöten und Bedrängnissen geschützt war, in einer dem Paradiese der Bibel ähnlichen Landschaft, wie sie sich etwa auf den Inseln Ozeaniens findet, deren Bewohner auch wirklich die edelsten aller Naturvölker zu sein scheinen. Hentschel nun glaubt, daß die Inseln Polynesiens in der Tat die Urheimat der Arier oder vielmehr ihrer Stammväter, der „ario-malaiischen Rasse“ gewesen seien. Übervölkerung ihrer kleinen Inseln habe sie zu kühnen Seefahrern gemacht, sie hätten die Küsten aller Erdteile besiedelt, und die aus westliche Gestade unsrer Ostsee verschlagenen hätten dort den arischen Rassencharakter ausgebildet. C. J.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig